

Fustok, Lina

Communitys-orientierte politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Ein menschenrechtsorientierter Ansatz politischer Teilhabe

Magazin erwachsenenbildung.at (2025) 56, S. 52-60



Quellenangabe/ Reference:

Fustok, Lina: Communitys-orientierte politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Ein menschenrechtsorientierter Ansatz politischer Teilhabe - In: Magazin erwachsenenbildung.at (2025) 56, S. 52-60 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-348451 - DOI: 10.25656/01:34845

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-348451>

<https://doi.org/10.25656/01:34845>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Meb



Magazin
erwachsenenbildung.at

<http://www.erwachsenenbildung.at>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Ausgabe 56, 2025

Communitys-orientierte politische Bildung in der Migrationsgesellschaft

Ein menschenrechtsorientierter Ansatz
politischer Teilhabe

Lina Fustok

In der Ausgabe 56, 2025:
Lernen und Handeln mit Bezug zum Lebensumfeld.
Die Aktualität von Community-Orientierung in der Erwachsenenbildung



Communitys-orientierte politische Bildung in der Migrationsgesellschaft

Ein menschenrechtsorientierter Ansatz politischer Teilhabe

Lina Fustok

Zitation Fustok, Lina (2025): Communitys-orientierte politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Ein menschenrechtsorientierter Ansatz politischer Teilhabe. In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 56, 2025. Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/ausgabe-56>.

Schlagworte: aufsuchende Bildung, politische Bildung, Communitys, Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe, Menschenrechte, Mehrsprachigkeit, Fluchterfahrungen, Migrationsgesellschaft



Abstract

Ausgehend von dem Befund, dass klassische Bildungsangebote Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte oft nicht erreichen, beschreibt die Autorin einen menschenrechtsorientierten Ansatz politischer Bildung anhand zweier Beispiele aus Deutschland: Hier erfolgte aufsuchende politische Bildung in Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen. Im laufenden Projekt „Siyasa – Miteinander für Berlin“ initiieren die Projektträger*innen thematische Kongresse, im Rahmen derer politische Bildungsaktivitäten umgesetzt werden. Aus den Reihen der arabischsprachigen Teilnehmenden wird ein Komitee gebildet, das eigenverantwortlich Bildungsaktivitäten plant und die Themensetzung der laufenden Projektaktivitäten mitbestimmt. Im Projekt „Siyasi Katılım – Politische Beteiligung“ finden Workshops zu den Themen Vereinsarbeit, Vereinsrecht, Engagementformen und zum politischen System in Deutschland für türkeistämmige Teilnehmende statt. Als Besonderheiten beider Angebote nennt die Autorin, dass die Referent*innen zweisprachig sind bzw. eine Simultanübersetzung möglich gemacht wird, damit sich Teilnehmende auch in ihrer Erstsprache äußern können. Weiters führen die Projektträger*innen für die Kongresse eine Vor-Ort-Akquise in Geflüchtetenunterkünften und sozialen Einrichtungen durch. Um barrierearme Räume und passgenaue Angebote zu schaffen, berücksichtigen diese Communitys-Projekte die Mehrsprachigkeit der Zielgruppe, ihr Vertrauenslevel in Institutionen und ihre Erfahrungen mit repressiven Systemen. Ein Erfolgsfaktor ist die Selbstreflexion der politischen Bildner*innen hinsichtlich eigener eurozentristischer, diskriminierender und rassistischer Denkweisen, so die Autorin. (Red.)

Communitys-orientierte politische Bildung in der Migrationsgesellschaft

Ein menschenrechtsorientierter Ansatz politischer Teilhabe

Lina Fustok

Der Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung findet immer stärker Eingang in den Fachdiskurs und die Arbeit derer, die sich praktisch und theoretisch mit politischer Bildung und gerechter (politischer) Teilhabe befassen. Auch der Community-Begriff ist aus aktuellen gesellschaftlichen Diskursen kaum wegzudenken.

Der folgende Beitrag verbindet den Ansatz aufsuchender politischer Bildung mit dem sozialen Konstrukt migrantisierter Communitys und zeigt an Praxisbeispielen, wie Communitys-orientierte politische Bildung zu mehr (politischer) Bildungsgerechtigkeit und (politischer) Teilhabe beiträgt. Er stellt einen menschenrechtsorientierten Ansatz in den Raum, der die (politische) Teilhabe aller nicht als „nice to have“ betrachtet, sondern als ein Grundrecht, woraus sich eine Verpflichtung derer ableitet, die politisch bilden. Gerechte Teilhabe wird als „untrennbar verwoben mit der Idee der Menschenrechte“ (Rudolf 2017, S. 13) begriffen. Dies stellt einen hohen Anspruch an die Inklusivität politischer Bildungsangebote.

Communitys-Ansatz: Hilfskonstrukt zur Zielgruppenidentifikation politischer Bildungsangebote

Ein Versuch, gesellschaftliche Systeme zu beschreiben, ist die Etablierung des sozialen Konstrukts der „Community“.

„Community bezeichnet ein organisiertes und soziales Netzwerk von miteinander in Interaktion stehenden Individuen, die sich innerhalb eines spezifischen Zeitraums auf affektive sowie auf kognitive Weise wechselseitig beeinflussen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln“ (Esch 2018, o.S.). Oftmals ist die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe ein Ergebnis gegebener Umstände und weniger Ergebnis einer bewussten freiwilligen Entscheidung. Dies betrifft im Besonderen Menschen, die Communitys aufgrund ihrer Herkunft bilden. Inwieweit Menschen sich diese Herkunft zu eigen machen, steht nicht im Fokus dieses Beitrages. Auch wenn ausdrücklich anzuerkennen ist, dass es Menschen gibt, die trotz einer gemeinsamen Herkunft sich den jeweiligen Communitys nicht zugehörig fühlen. Ausschlaggebend ist hier nicht die eigene Identitätskonstruktion, sondern lediglich die Zuschreibung zu einer Gruppe. Daher wird im Folgenden nur der Begriff „migrantisierte“¹ und nicht „migrantische“ Communitys gebraucht. Klar ist: Trotz gemeinsamer Herkunft sind migrantisierte Communitys in sich stark heterogen,

¹ „Der Begriff ‚migrantisiert‘ wird für Personen in Bezug auf einen zugeschriebenen oder tatsächlichen Migrationshintergrund verwendet. Migrantisierung geht mit Prozessen der Rassifizierung und Praxen der Andersmachung (Othering) einher, die Menschen zu Fremden machen und sie an einen Herkunftsort außerhalb Deutschlands bzw. Europas verweisen. Die Migrantisierung als Praxis der Mehrheitsgesellschaft muss jedoch von der Selbstbezeichnung als ‚migrantisch‘ unterschieden werden, da dies als Eigenbenennung von Menschen gilt, die sich durch ihre Migrationsgeschichte definieren, definiert werden und/oder diese sichtbar gemacht sehen wollen“ (JFF – Institut für Medienpädagogik o.J., o.S.; Hervorh. im Original).

weshalb die Autorin hier grundsätzlich nur den Begriff in seiner Mehrzahl, also *Communitys*, verwendet. Eine gemeinsame Herkunft kann Menschen auf sehr unterschiedliche Art und Weise verbinden. Diese Verbindung kann dazu führen, dass sie – wie im obigen Zitat beschrieben – ähnliche Erfahrungen machen, verwandte Einstellungen entwickeln oder sich in bestimmten Netzwerken bewegen. In Betrachtung der Unterrepräsentation von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Bezug auf politische Partizipation (vgl. Storz/Mayr 2025, S. 7) bedient sich die *Communitys*-orientierte aufsuchende politische Bildung des *Communitys*-Ansatzes, um passgenaue Angebote zu entwickeln und speziellen Bedarfen migrantisierter *Communitys* Rechnung zu tragen.

Aufsuchende politische Bildung: nur trendy oder eine Notwendigkeit?

In Anerkennung der Hürden, die klassische Angebote der politischen Bildung für Personen mit Migrationsgeschichte mit sich bringen können – wie fehlende Sprachkenntnisse, mangelndes Wissen über kulturelle Gepflogenheiten oder des politischen Systems des entsprechenden Einwanderungslandes – müssen sich Angebote der aufsuchenden politischen Bildung, wie Thomas Gill es formulierte, mit der Frage auseinandersetzen, wie sichere und barrierearme Räume geschaffen werden können, um marginalisierte Gruppen zu erreichen (vgl. Gill 2025, S. 20). Nicht zu unterschätzen sind Distinktionen von Selbstwirksamkeit im sozialen Gefüge. Es ist die Erfahrung politischer Unwirksamkeit, die Menschen lernen und fühlen lässt, dass sie im politischen Raum weder wahrgenommen werden noch berechtigt seien, daran teilzuhaben (vgl. ebd., S. 18).

Dass sich politische Bildner*innen und wissenschaftliche Arbeiten heute zunehmend mit diesen Fragen auseinandersetzen, ist das Ergebnis der vermehrten Wahrnehmung gesellschaftlicher und politischer Prozesse, die ein erhebliches Maß an sozialer Ungleichheit politischer Teilhabe erkennen lassen sowie eine verstärkt menschenrechtliche Perspektive einfordern (vgl. ebd., S. 13ff.). Es ist die Erkenntnis, wie Gill zusammenfasst,

„dass die Nichtteilnahme am Politischen nicht an den ‚Defiziten‘ marginalisierter Gruppen liegt. Vielmehr wäre es für Politik und politische Bildung lohnend, auf eigene Defizite zu schauen“ (ebd., S. 18).

Die Chance, politisch teilzuhaben, als Grundrecht zu begreifen, führt unausweichlich zu der Frage, wie Strukturen und Praktiken, die Ungleichheit begünstigen, entgegengetreten werden kann.

Auch die Berliner Landeszentrale für politische Bildung hat sich dieser Frage gestellt. Denn wird davon ausgegangen, dass politische Bildung dazu beiträgt, „auch vom Individuum her, die Stabilität der Demokratie zu sichern“ (Massing 2023, S. 27), ist es originäre Aufgabe einer solchen Institution, möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen. In einem Land, dessen erwachsene Bevölkerung zu knapp einem Drittel eine Migrations- oder Fluchtgeschichte aufweist (vgl. El-Mafaalani 2025, S. 71), ist das Erreichen migrantisierter *Communitys* keine Frage von „Wokeness“ oder Identitätspolitik, sondern maßgeblicher Auftrag einer diskriminierungskritischen politischen Bildung, die (politische) Teilhabe als fundamentales Menschenrecht begreift. Sich auf der Teilhabe von etwa 10 Prozent „Beteiligungseliten“ aus migrantisierten *Communitys* auszuruhen², kann hier nicht zufriedenstellen (vgl. SVR-Forschungsbereich 2020, S. 31f.). Denn aufsuchende Angebote sind das erklärte Gegenstück eines Eliten-orientierten Ansatzes politischer Bildung, der primär Menschen erreicht, deren Teilhabe an politischen Bildungsangeboten kaum mit Hürden verbunden ist.

Communitys-orientierte politische Bildung geht vielmehr von einem demokratischen Grundverständnis aus, nach dem „die Stabilität und Qualität einer demokratischen Herrschaftsordnung die Unterstützung der Demokratie durch ihre Bürger“ (Achour 2013, S. 78) voraussetzt, und gerade auch in einer postmigrantischen Gesellschaft die Unterstützung *aller* Bürger*innen. Die politische Kulturforschung geht sogar so weit, die Überlebenschance von Demokratien eng mit den Werten ihrer Bevölkerung zu verknüpfen (vgl. ebd.).

2 Laut Studie des SVR, des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration aus dem Jahr 2020 zeigt sich der Effekt, dass ca. 10% der Menschen aus migrantisierten *Communitys* und 24% von Menschen ohne familiäre Migrationsgeschichte nicht-elektorale politische Teilhaberechte nutzen. Bei nicht-elektoraler politischer Teilhabe zeigt sich ein starker Bildungseffekt. Hoch Gebildete ohne Migrationsgeschichte sind demnach zu knapp 40% politisch aktiv im Kontrast zu 14% bei gering Gebildeten. Bei Menschen mit Migrationsgeschichte liegen die Werte 16% zu 4% im Vergleich hoch Gebildete zu gering Gebildeten (vgl. SVR-Forschungsbereich 2020, S. 31f.).

Hier setzt eine politische Bildung an, die ihren Auftrag nicht zuvorderst in der Motivation zu formeller³ oder informeller⁴ Partizipation sieht, sondern mit Blick auf ihren Bildungsauftrag den Anspruch erhebt, „die kognitive Aneignung von Gegenständen sowie die Anpassung an die gesellschaftlichen Werte, Normen und Verhältnisse“ (Wohnig 2023, S. 87) anzustreben. Dieser Bildungsauftrag zielt darauf, im demokratischen System die Kritik- und Handlungsfähigkeit der Menschen zu schärfen und so den Grundstein für Teilhabe zu legen.

Communitys-orientierte politische Bildung in der Praxis

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung hat 2021 begonnen, mehrere Förderprogramme der aufsuchenden politischen Bildung mit einem sozial-räumlichen Ansatz und später einem Communitys-Ansatz aufzusetzen. Dazu zählen aktuell drei Förderprogramme, die sich speziell an migrantisierte Communitys richten. Zielgruppen sind die drei größten Migrant*innengruppen Berlins: die sogenannten post-sowjetischen – hier russischsprachigen und ukrainischen – Communitys sowie aus der Türkei stammende und Arabisch sprechende Menschen. Wesensmerkmal dieser Programme ist, dass es sich bei den durchführenden Partnerorganisationen ausschließlich um Migrant*innenorganisationen handelt, die aus ihrem eigenen Erfahrungsraum und ihrer fachlichen Perspektive Konzepte und Maßnahmen entwickeln. Die Gründungshintergründe der jeweiligen Organisationen sind sehr vielfältig (für die Gruppe der Türkeistämmigen nachzulesen bei Çinar 2025, S. 165ff.), es handelt sich dabei um soziale Träger, Organisationen der Brauchtumspflege oder Interessenverbünde. Was sie gemein haben, ist, dass sie nicht ursprünglich als Organisationen der politischen Bildung gegründet wurden, sondern aus anderen Bedarfen der jeweiligen Communitys heraus – durchaus auch mit politischen Anliegen.

Dies macht die Umsetzung der Förderprogramme aus fachlicher Sicht zu Pionierarbeit und ermöglicht es,

politische Bildungsangebote in soziale Räume auszuweiten, die bisher kaum bedient werden. Um die Zielgruppen zu erreichen, wurden und werden bestehende Vereinsstrukturen genutzt, mehrsprachige Publikationen entwickelt, gezielt Menschen in Geflüchtetenunterkünften angesprochen und zur Teilnahme an den Projektaktivitäten animiert sowie Räume geschaffen, in denen Menschen Panels in ihrer Muttersprache folgen und Fragen stellen können.

Merkmale passgenauer Communitys-orientierter Bildungsangebote

Bei der Frage, wie politische Bildner*innen passgenaue Angebote schaffen können, ist es zentral, die Heterogenität der Zielgruppe zu verstehen. Dazu gehört z.B. grundlegendes Wissen über die Herkunftsländer der Teilnehmenden und über deren inneren politischen Konflikten mitzubringen sowie die unterschiedlichen Hintergründe von Migrations- und Fluchtgeschichten zu reflektieren (vgl. Bahgat/Fustok 2023, S. 13). Auch Grundkenntnisse über die verschiedenen Religionen (z.B. Islam) und deren politische Dimension in den Herkunftsregionen sollten im Idealfall vorhanden sein. Wenn Begriffe wie z.B. „Kalifat“ gebraucht werden, hilft konkretes Wissen zu dem Thema, um sachlich souverän zu reagieren und das Gesagte einzuordnen. Auch eine Reflexion über die Notwendigkeit von gesonderten Safer Spaces⁵ für marginalisierte Gruppen innerhalb der Communitys sollte Teil der Konzeption von Bildungsangeboten sein (vgl. ebd., S. 13f.).

Darüber hinaus hilft das Verständnis für mögliche Teilnahmemehürden der Zielgruppen dabei, barrierearme Angebote zu schaffen. Fehlende oder nicht ausreichende Sprachkenntnisse, mangelndes Vertrauen in staatliche Institutionen oder auch Erfahrungen mit einem repressiven System, in dem politische Äußerungen oder Aktivitäten lebensgefährlich sein können, hindern Menschen daran, an politischen Bildungsangeboten teilzunehmen oder sich gar politisch zu engagieren (vgl. ebd.). Auch hier gilt es zu verstehen, dass Menschen

3 „Formelle Partizipation beschreibt Beteiligungsformen, die innerhalb des bestehenden politischen Systems stattfinden, also institutionalisiert und damit anerkannt sind“ (Storz/Mayr 2025, S. 10).

4 Man spricht von „informelle[r] Partizipation, wenn versucht wird, von außen auf das Geschehen innerhalb des politischen Systems Einfluss zu nehmen, etwa durch die Teilnahme an Demonstrationen oder durch die Arbeit an Kampagnen [...]“ (Storz/Mayr 2025, S. 10).

5 „Das Konzept ‚Safe Space‘ entwickelte sich während der zweiten feministischen Bewegung in den 60er Jahren in den USA. Damals ging es vor allem um Schutzräume für Homosexuelle oder Frauen, in denen Geschlechtergerechtigkeit thematisiert wurde. Heute sind Safer Spaces Orte, in denen sich Gruppen von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen (z.B. auf Grund des Geschlechts oder Genders, des sexuellen Begehrens, ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe oder ihrer körperlichen Konstitution) treffen“ (Rosa e.V. o.J., o.S.).

erfahren und erlernt haben, dass ihr (politisches) Tun keine Wirkung hat, um Angebote zu schaffen, die neue Einsichten in Bezug auf ihre Selbstwirksamkeit ermöglichen (vgl. Gill 2025, S. 18).

Ein barrierearmer Raum kann entstehen, wenn diskriminierungsarme „Safer Spaces“ und „Braver Spaces“⁶ geschaffen werden, wenn auf mangelnde Sprachkenntnisse eingegangen wird, indem Angebote beispielsweise zwei- oder mehrsprachig oder in Einfacher Sprache konzipiert werden und ein barrierearmer Raum kann entstehen, wenn der unterschiedliche Wissensstand und die Lebensgeschichten der Teilnehmenden, insbesondere bei Geflüchteten, Raum finden und darauf eingegangen wird. Zur Schaffung eines sicheren Raumes gehört auch, eigene eurozentristische Wahrnehmungen und Begriffsinterpretationen zu reflektieren und bewusst zu hinterfragen sowie moralische Werturteile über beispielsweise Kleidung oder kulturelle Besonderheiten zu unterlassen. Gerade bei Menschen ohne Staatsbürgerschaft und ohne Erfahrung in einem demokratischen System sollte bei der Akquise von Teilnehmenden und im Rahmen der Angebote deutlich herausgestellt werden, warum Kenntnisse über politische Prozesse und Zusammenhänge sowie Kompetenzen, die die eigene Handlungsfähigkeit im politischen Raum stärken, sinnvoll sind, und dass Teilhabe auch ohne Staatsbürgerschaft möglich ist. Teilnehmende sollten immer als politische Subjekte angesprochen und in ihrem Wissen anerkannt werden. (Vgl. Bahgat/Fustok 2023, S. 14f.)

Dies knüpft an eine menschenrechtsorientierte Haltung an, denn „*Menschenwürde bedeutet, Subjekt zu sein, nicht Objekt*“ (Rudolf 2017, S. 14). Selbstbestimmt und selbstwirksam kann der Mensch nur als Subjekt sein, während der Objekt-Status mit Fremdbestimmung verknüpft ist (vgl. ebd.).

Zwei Projektbeispiele aus den Förderprogrammen der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Im Folgenden werden exemplarisch zwei Projekte der Communitys-orientierten politischen Bildung

aus den Programmen der arabischsprachigen und türkeistämmigen Communitys-Projekte der Berliner Landeszentrale für politische Bildung kurz vorgestellt. Das Projekt „Siyasa – Miteinander für Berlin“, durchgeführt von BUNT – Stiftung Bildung und integrative Arbeit gGmbH (Projektlaufzeit: Mai 2024 bis heute) und das Projekt: „Siyasi Katılım – Politische Beteiligung“, durchgeführt von TBB – Türkischer Bund Berlin Brandenburg e.V. (Projektlaufzeit: 2022 bis heute).

Praxisbeispiel „Siyasa – Miteinander für Berlin“

Zielgruppe dieses Projekts sind arabischsprachige Menschen in Berlin mit einem besonderen Fokus auf Geflüchtete und neu Zugewanderte. Die Organisation hat bereits mehrjährige Erfahrung in der Gründung und Betreuung von Bewohnendenkomitees in Unterkünften und bietet unter anderem auch Deutschkurse an. Somit verfügen sie bereits über spezielle Zugänge und Erfahrung mit der Zielgruppe.

Im Rahmen des Projekts „Siyasa – Miteinander für Berlin“ werden eine Reihe von Kongressen organisiert, die jeweils zu einem für die Zielgruppe relevanten Thema stattfinden. Sie bieten eine Mischung aus fachlichen Panels und Workshops. Die Formate sind sehr dialogisch ausgelegt, sodass viel Raum für Austausch ist. Außerdem werden sie simultan Arabisch-Deutsch übersetzt. Im Rahmen der Kongresse wird ein Komitee aus den Reihen der Teilnehmenden gewählt, welches in monatlichen Sitzungen politische Bildungsaktivitäten plant und bei der Themensetzung der folgenden Kongresse mitbestimmt. Für die Kongresse wird in einer intensiven Vor-Ort-Akquise geworben, das heißt, ein Team geht in Geflüchtetenunterkünfte und soziale Einrichtungen, um über das Projekt zu informieren und Menschen zu motivieren, an den Kongressen teilzunehmen. Das eigens entwickelte Logo ist zweisprachig, wie auch der Projekttitel („Siyasa“ = „Politik“).

Dieses Projekt weist verschiedene Merkmale der speziellen Ansprache aus: zum einen die Zweisprachigkeit des Logos und des Titels, zum anderen die Schaffung eines sicheren Raumes durch die Möglichkeit, den Aktivitäten in der eigenen Muttersprache zu folgen und

6 „Als Brave Space oder Braver Space wird ein moderierter Raum verstanden, in dem herausfordernde Gespräche zu Themen der sozialen Gerechtigkeit gefördert werden. Im Gegensatz zu Safer Spaces, die den emotionalen und physischen Schutz marginalisierter Personen priorisieren, konzentrieren sich Braver Spaces darauf, Dialoge zu ermöglichen, die auch Unbehagen auslösen können, wenn Teilnehmende sich über Themen wie Rassismus, Sexismus oder Privilegien austauschen. Verantwortungsbewusstsein, Mut und Reflektion stehen dabei im Mittelpunkt“ (Alte Feuerwache Mannheim o.J., o.S.).

sich auch in der Muttersprache selbst zu beteiligen. Durch die intensive Vor-Ort-Akquise ist es möglich, im direkten Gespräch Menschen zu erreichen, bei denen man mit Broschüren und Plakaten kaum Interesse an der Teilnahme wecken könnte. Zumeist hatten die Angesprochenen bisher noch keine Berührung mit Angeboten der politischen Bildung. In vielen Fällen sind sie mit den bereits dargestellten Hürden konfrontiert.

Praxisbeispiel „Siyasi Katılım – Politische Beteiligung“

Die Zielgruppe dieses Projekts sind türkeistämmige Erwachsene, die in deutsch-türkischen Vereinsstrukturen organisiert oder Teil von deren Netzwerk sind. Deutschland verfügt über eine sehr lebendige türkisch geprägte Vereinslandschaft, so auch in Berlin. Der größte Teil der türkeistämmigen Bevölkerung lebt bereits seit Jahrzehnten in Deutschland bzw. handelt es sich dabei um ihre in Deutschland geborenen Nachkommen. Gerade in der ersten Generation finden sich zahlreiche Menschen, die sich bei komplexen Sachverhalten wie politischen Strukturen und Prozessen oder auch im Vereinsrecht in der deutschen Sprache nicht sicher fühlen. Als sog. Gastarbeiter*innen und deren Partner*innen hatten sie kaum die Möglichkeit, Deutschkurse zu besuchen, sodass Teilhabe an politischen Diskursen und Engagement doch mit erheblichen sprachlichen Hürden verbunden ist.

Daran knüpft das Projekt „Siyasi Katılım – Politische Beteiligung“ an, im Rahmen dessen ein umfangreicher Reader in Türkisch und Deutsch zu Vereinsarbeit, Vereinsrecht, Engagementformen und dem politischen System in Deutschland entstanden ist. Dieser ist eine Ergänzung zu zweisprachigen Workshopformaten, bei denen der türkeistämmige Referent in bestehende Vereinsstrukturen geht und Aktivitäten der politischen Bildung durchführt. Zentral ist auch hier, dass oftmals die Räumlichkeiten der Vereine genutzt werden und an regelmäßige Termine des Vereins angeknüpft wird.

Sowohl die Zweisprachigkeit als auch die Nutzung bestehender Vereinsräume und -aktivitäten bauen Hürden ab und schaffen einen sicheren Raum für Teilnehmende. Die Menschen müssen sich nicht in neue Kontexte begeben, sondern können sich in gewohnter Atmosphäre und umgeben von bekannten Gesichtern den Inhalten widmen. Der Reader ermöglicht sowohl die Vertiefung des Wissens als auch die aktive Arbeit mit dem Gelernten

in der Muttersprache, sodass hier eine besondere Nachhaltigkeit des Projekts zu erwarten ist.

An beiden Beispielen kann man sehr anschaulich erkennen, wie die projektumsetzenden Partnerorganisationen gezielt Barrieren ihrer Zielgruppen erkannt und diese beseitigt haben. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass Personen, die mit diesen Angeboten erreicht wurden, ohne den bewussten Umgang mit erschwerenden Zugängen wohl nicht teilgenommen hätten.

Fazit: Selbstreflexion als Ausgangspunkt aufsuchender politischer Bildung

Die aufsuchende politische Bildung impliziert eine kritische Reflexion zu diskriminierenden und rassistischen Strukturen und Denkweisen, auch in Bezug auf politische Bilder*innen selbst. Wie eingangs beschrieben, unterstellt die Kategorie „migrantisiert“, dass Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sowie ihre Nachkommen in sozialen Netzwerken organisiert sind und interagieren, dadurch gemeinsame Interessen entwickeln und sich wechselseitig beeinflussen. Mag das auf viele Menschen zutreffen, arbeitet dieser Ansatz jedoch mit einer Verallgemeinerung, indem er sich des Herrschaftsinstruments der „Migrantisierung“ bedient. Denn *„Migrantisierung geht mit Prozessen der Rassifizierung und Praxen der Andersmachung (Othering) einher, die Menschen zu Fremden machen und sie an einen Herkunftsort außerhalb Deutschlands bzw. Europas verweisen“* (JFF – Institut für Medienpädagogik o.J., o.S.; Hervorh. im Original). Die Rassifizierung von Menschen steht selbstverständlich im absoluten Widerspruch zu den Zielen Communitys-orientierter Angebote. So ist es von herausragender Bedeutung, rassismuskritisch auf die eigene Arbeit zu blicken.

Hilfreiche Hinweise zu einer rassismuskritischen Haltung und Selbstreflexion bietet das Sachbuch der Black Voices *„War das jetzt rassistisch?“* (2022). Über diesen Aspekt hinaus ist es wichtig, sich selbstreflexiv mit Fragen wie: *„Wie bin ich selbst gesellschaftlich positioniert [...]? Welche Themen nehme ich als bedeutend wahr und warum [...]? Welche Zuschreibungen gegenüber den Teilnehmenden mache ich?“* (Berliner Landeszentrale für politische Bildung 2024, S. 10) auseinanderzusetzen. Sehr aufschlussreich ist hier das Methodenhandbuch *„Aufsuchende politische Bildung“* (2024) der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, das sachdienliche Methoden

und Hilfestellungen für politische Bildner*innen liefert (siehe ebd.).

Ausblick

Richtet man den Blick in die Zukunft, wird der Ansatz der Communitys-orientierten politischen Bildung weiter an Bedeutung gewinnen. Betrachtet man die politische Partizipation von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte, wird schnell klar, dass nach wie vor erhebliche Distinktionen zu erkennen sind (vgl. SVR-Forschungsbereich 2020, S. 31f.). Deutsche mit Migrations- und Fluchtgeschichte gehen seltener wählen als Deutsche ohne Migrationsgeschichte, und dies unabhängig von ihrem Alter (vgl. Storz/Mayr 2025, S. 5). Auch bei den Jüngeren zwischen 17 und 37 Jahren zeigen sich in den Daten der aktuellen Studie des Sachverständigenrates für Integration und Migration (SVR) erhebliche Unterschiede im Ausmaß der politischen Partizipation, nämlich 11 Prozent bei jungen Personen mit Migrations- und Fluchtgeschichte und 40 Prozent bei Menschen ohne (vgl. Storz/Mayr 2025, S. 4). Dies offenbart das Dilemma einer Gesellschaft, die absehbar immer stärker von Migration und Flucht geprägt sein

wird. Betrachten wir die Bevölkerungsdaten in Deutschland nach Alterskohorten sehen wir sehr deutlich eine Verschiebung zu einer immer mehr durch Migration geprägten Gesellschaft. So zeigen Daten aus dem Jahr 2022, dass in Deutschland Menschen über 65 Jahre zu einem Anteil von 14 Prozent migriert oder Nachkommen von Migrant*innen sind. Bei den unter 20-Jährigen liegt dieser Wert bei 38 Prozent, bei 40 Prozent bei den unter 10-Jährigen und bei 42 Prozent bei den unter 5-Jährigen (vgl. El-Mafaalani 2025, S. 71). Auch in Österreich wächst der Anteil ausländischer Staatsangehöriger von Jahr zu Jahr. Betrug der Anteil im Jahr 2015 noch 13,3 Prozent, sehen wir heute einem Anteil von 20,2 Prozent entgegen (vgl. Turulski 2025, o.S.). Daran gespiegelt steigt auch kontinuierlich der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte in Österreich. Seit 2014 ist ein Anstieg von 7,4 Prozentpunkten zu verzeichnen, auf nahezu ein Drittel der Bevölkerung (vgl. Statista Research Department 2025, o.S.).

Bei Betrachtung dieser Realität erschließt sich die Dringlichkeit, Angebote der politischen Bildung anzupassen und weiterzuentwickeln – nicht nur im bundesdeutschen Kontext, sondern auch in anderen Einwanderungsländern wie Österreich.

Literatur

Achour, Sabine (2013): Bürger muslimischen Glaubens: Politische Bildung im Kontext von Migration, Integration und Islam. Schwalbach: Wochenschau Wissenschaft.

Alte Feuerwache Mannheim (o.J.): Safer Space und Brave Space. Die erklärenden Texte wurden von Melanella B. C. Hémefa zur Verfügung gestellt. Online: <https://altefeuerwache.com/safer-space-und-brave-space/> [2025-08-31]

Bahgat, Basma/Fustok, Lina (2023): Konzeptpapier. Entwicklung von Angeboten der politischen Bildung zur Stärkung der politischen Teilhabe von arabisch-sprachigen Berliner*innen. Berlin: Berliner Landeszentrale für politische Bildung.

Berliner Landeszentrale für politische Bildung (2024): Methodenhandbuch. Aufsuchende politische Bildung. Berlin. Online: <https://www.berlin.de/politische-bildung/teilhabe/aufsuchend/methodenhandbuch/artikel.1510951.php> [2025-08-31]

Black Voices (2022): War das jetzt rassistisch? 22 Antirassismus-Tipps für den Alltag. Wien/Graz/Berlin: Leykam Buchverlagsgesellschaft.

Çinar, Melike (2025): Hier können doch alle mitmachen?! Communitybasierte politische Bildung als Teil aufsuchender Arbeit. Siyasi katılım – Erhöhung der politischen Teilhabe türkeistämmiger Berliner*innen. In: Gill, Thomas/Stapf-Finé, Heinz/Wallentin, Annette (Hrsg.): Handbuch Aufsuchende politische Bildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 162-171.

El-Mafaalani, Aladin (2025): Superdiverse Kindheiten. In: El-Mafaalani, Aladin/Kurtenbach, Sebastian/Strohmeier, Klaus Peter: Kinder. Minderheit ohne Schutz. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Esch, Franz-Rudolf (2018): Community. Online: Gabler Wirtschaftslexikon. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/community-51940/version-275091> [2025-08-31]

- Gill, Thomas (2025):** Warum aufsuchende politische Bildung? In: Gill, Thomas/Stapf-Finé, Heinz/Wallentin, Annette (Hrsg.): Handbuch Aufsuchende politische Bildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 13-22.
- JFF – Institut für Medienpädagogik (o.J.):** Glossar. Migrantisierte Menschen.
Online: <https://rise-jugendkultur.de/glossar/migrantisierte-menschen/> [2025-08-31]
- Massing, Peter (2023):** Demokratie und politische Bildung. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Partizipation und politische Teilhabe mit allen: Auftrag politischer Bildung. Vom Klassenrat zum zivilen Ungehorsam. Frankfurt: Wochenschau Verlag.
- Rosa e.V. (o.J.):** Glossar. Saver Space. Online: <https://rolling-safespace.org/begriffe-und-formulierungen/> [2025-08-31]
- Rudolf, Beate (2017):** Teilhabe als Menschenrecht – eine grundlegende Betrachtung. In: Diel, Elke (Hrsg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
Online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/10155_Teilhabe_fuer_alle_ba_171019.pdf [2025-08-31]
- Statista Research Department (2025):** Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Österreich von 2014 bis 2024.
Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/294028/umfrage/bevoelkerungsanteil-mit-migrationshintergrund-in-oesterreich/> [2025-08-31]
- Storz, Nora/Mayr, Lorra (2025):** Jung und vielfältig, aber noch nicht politisch beteiligt? Wege zu mehr Partizipation für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. SVR-Studie 2025-1, Berlin. Online: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2025/03/SVR-Studie_YoungUP_barrierefrei.pdf [2025-08-31]
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2020):** Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Berlin. Online: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR-FB_Studie_Be-Part-8.pdf [2025-08-31]
- Turulski, Anna-Sofie (2025):** Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Österreich von 2015 bis 2025.
Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/293102/umfrage/auslaenderanteil-in-oesterreich/> [2025-08-31]
- Wohnig, Alexander (2023):** Von der Förderung politischen Wissens und politischer Einstellungen zur politischen Handlungsfähigkeit? Eine Infragestellung des linearen Weges politischer Bildung. In: Achour, Sabine/Gill, Thomas (Hrsg.): Vom Klassenrat bis zum zivilen Ungehorsam. Partizipation in der Demokratie und der Auftrag der politischen Bildung. Frankfurt: Wochenschau Verlag, S. 87-98.



Foto: Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Lina Fustok, MA

Lina.fustok@senbjf.berlin.de

Lina Fustok studierte Sozialwissenschaften im Bachelor und Master an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nach langjähriger Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag übernahm die deutsch, syrisch, russland-deutsche Autorin die Geschäftsführung beim Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e.V., der Dachorganisation der syrischen Zivilgesellschaft und Communitys in Deutschland. Für den Verband entwickelte und implementierte sie Projekte der politischen Bildung und Teilhabe speziell für syrischstämmige Menschen. Aktuell ist sie als Referentin bei der Berliner Landeszentrale für politische Bildung beschäftigt und verantwortet den Bereich der Communitys-orientierten politischen Bildung.

Community-oriented Political Education in the Migration Society

A human rights-oriented approach to political participation

Abstract

Based on the findings that classic educational programming often does not reach people with a migration and refugee background, the author describes a human rights-oriented approach to political education with two examples from Germany: Political education outreach was carried out in cooperation with migrant organisations. In the current *Siyasa – Miteinander für Berlin* (Together for Berlin) project, the project sponsors initiated thematic conferences during which their political education activities are implemented. A committee of Arabic-speaking participants is set up that plans education activities autonomously and has a say in the choice of topics for the current project activities. In the *Siyasi Katılım – Politische Beteiligung* (Political Participation) projects, workshops for participants from Turkey are held on the topics of work in associations, association law and forms of engagement and on the political system in Germany. A special feature of both programmes is that either the speakers are bilingual or simultaneous translation is made available so that participants can express themselves in their first language. Furthermore, the project sponsors of the conferences carry out on-site recruitment in refugee accommodations and social institutions. To create spaces with few barriers and individualized programmes, these community projects consider the multilingualism of the target group, their level of trust in institutions and their experiences with repressive systems. According to the author, one factor for success is the political educators' self-reflection on their own Eurocentric, discriminatory and racist ways of thinking. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

gefördert aus Mitteln des BMFWF
erscheint 3 x jährlich online
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>
ISSN: 1993-6818

Medieninhaber

 Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung
Bundesministerium für Frauen,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Redaktion



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber*innen der Ausgabe 56, 2025

Genoveva Brandstetter (Ring Österreichischer Bildungswerke)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Herausgeber*innen des Magazin erwachsenenbildung.at

Kmsr.ⁱⁿ Eileen Mirzabaegi, BA MA (BMFWF)
Dr. Dennis Walter (bifeb)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Dipl. Päd.ⁱⁿ Katrin Sarembe-Dreßler

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Marlene Schretter, BA MSc,
basierend auf einem Design von Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von Autor*innen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik und Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an Bildungsforscher*innen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von Autor*innen eingereichten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Herausgeber*innen oder der Redaktion. Die Herausgeber*innen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen. Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar.

Urheberrecht und Lizenzierung

Das „Magazin erwachsenenbildung.at“ erscheint, wenn nicht anders angegeben, ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



Benutzer*innen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der Autor*in nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter <https://www.fairkom.eu/CC-at>. Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
bifeb – Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7, 5360 St. Wolfgang i.S.
magazin@erwachsenenbildung.at